

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 99 (2005)

Heft: 11

Artikel: NW-Gespräch von Willy Spieler mit Hans Christoph Binswanger : "Nachhaltigkeit" verkommt leicht zur Beliebigkeit

Autor: Spieler, Willy / Binswanger, Hans Christoph

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144544>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Nachhaltigkeit» verkommt leicht zur Beliebigkeit

Hans Christoph Binswanger ist eine der innovativsten Stimmen innerhalb der Wirtschaftswissenschaft im deutschen Sprachraum. In seinen Publikationen wie im folgenden Gespräch analysiert Binswanger den «alchemistischen» Vorgang von der Papiergeldschöpfung zur realen Wertschöpfung und zu dem damit verbundenen Wachstumszwang. Um diesen Zwang einzudämmen, schlägt unser Gesprächspartner eine Reihe von Massnahmen vor, wie zum Beispiel ökologische Beiräte für Regierungen und Parlamente. Als «Vater der Ökosteuer» hat er zudem die ökologische Steuerreform in Deutschland nachhaltig beeinflusst. Revolutionär ist seine Forderung nach Abschaffung der Aktiengesellschaften und deren Umwandlung in Stiftungen oder stiftungsähnliche Institutionen. Hans Christoph Binswanger ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. 1992 übernahm er die Leitung des damals gegründeten Instituts für Wirtschaft und Ökologie. Er ist Autor so herausragender Bücher wie «Wege aus der Wohlstandsfalle», «Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen» oder «Geld und Magie – Eine ökonomische Deutung von Goethes Faust». Das Gespräch hat am 14. Juni im Institut für Wirtschaft und Ökologie stattgefunden. Red.

Die Wirtschaftslehre verdeckt ihre alchemistische Grundlage

Willy Spieler: Hans Christoph Binswanger, Sie haben Ihr wichtiges Buch «Geld und Magie» in einer vollständig überarbeiteten Ausgabe neu herausgebracht. Darin vertreten Sie die These, dass «die moderne Wirtschaft eine Fortsetzung der Alchemie mit anderen Mitteln» sei. Wie stellt die moderne Wirtschaft ihr Gold her, wenn es denn echtes Gold ist?

Hans Christoph Binswanger: Die moderne Wirtschaft beruht auf dem Papiergeld, das von der Notenbank geschaffen wird. Es fliesst im Wesentlichen durch Kredite an die Unternehmen, die dadurch ihre Investitionen finanzieren. Auf diese Weise geht die Papiergeldschöpfung in eine reale Wertschöpfung über. Alchemie bedeutet, dass aus Blei Gold, also aus Wertlosem Wertvolles wird. Analog wird aus wertlosem Papier wertvolles Geld.

WS: Das Papiergeld muss auch nicht mehr durch Gold gedeckt sein, um diesen alchemistischen Prozess auszulösen.

HCB: Im Unterschied zur Deckung mit Gold, das irgendwann in der Vergangenheit ausgegraben wurde, geht es hier um eine Deckung durch die Zukunft, durch das, was mit diesem Geld erst geschaffen wird.

WS: Ihre These lautet, dass die Alchemie entbehrlich geworden ist, weil an ihre Stelle die moderne Wirtschaft getreten ist, die aus wertlosem Papier reales Geld schafft.

HCB: Ja, auf diese Weise sind unsere westlichen Gesellschaften enorm reich geworden. Das ist eine Realität. Sie beruht allerdings immer auf einem Glauben an die Zukunft. Ohne diesen Glauben hat sie keinen Bestand.

WS: Wenn Wirtschaft Alchemie ist, dann erst recht die Wissenschaft von dieser Wirtschaft – ein Tabubruch für einen

Wirtschaftsprofessor der Hochschule St. Gallen?

HCB: Das Problem ist: Die konventionelle Ökonomie als Wissenschaft verdeckt die alchemistische Grundlage der Wirtschaft, indem sie auf der Vorstellung des allgemeinen Tauschgleichgewichts aufbaut und so den *dynamischen Charakter des Geldes und der Geldschöpfung* nicht wahrnimmt. Sie erklärt die Wirtschaft im Grunde immer noch so, als ob zwei Bauern miteinander Äpfel und Birnen tauschen.

WS: Dass Sie dies aufdecken, darin besteht doch der Tabubruch.

HCB: (Lacht). Ja, wenn Sie so wollen, besteht darin ein Tabubruch.

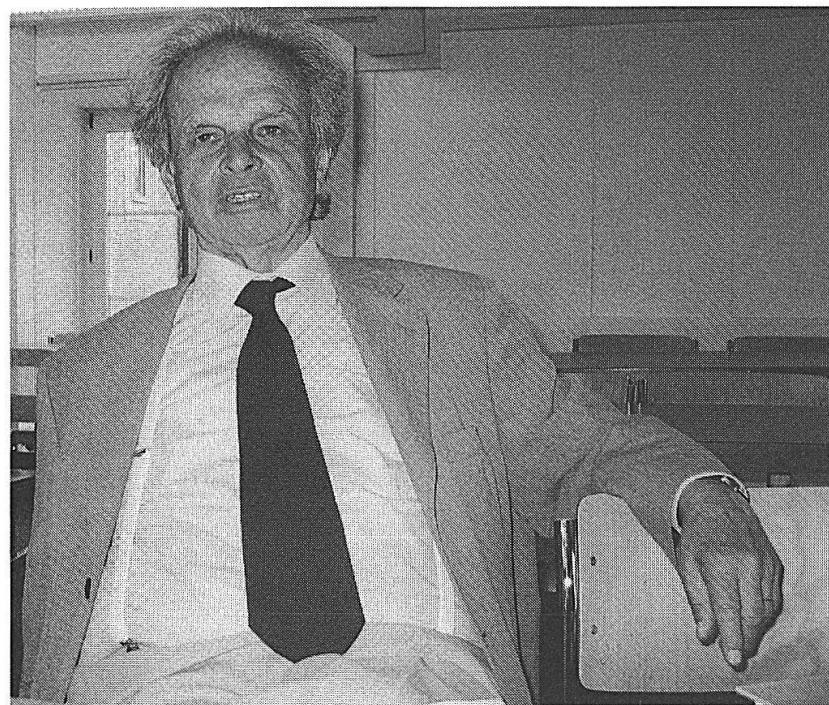
Der Staat ist die Grundlage des Marktes

WS: «Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen» heisst der Titel eines weiteren Buches von Ihnen, das 1998 erschienen ist. Für diese Ökonomengemeinschaft wegleitend ist der Glaube ihres Ahnherrn Adam Smith an die «unsichtbare Hand», die aus Bösem Gutes schafft, aus Gier nach Profit das Gemeinwohl hervorbringt. Sie zeigen, wie Smith die «unsichtbare Hand» von der Weltvernunft der Stoia herleitet. Wie aber kommt es, dass die neoliberale Ökonomie als die strenge Wissenschaft, die sie zu sein vorgibt, einem solchen Glauben aufsitzt?

HCB: Es ist natürlich nicht nur ein «blosser» Glauben. Durch das Handeln auf dem Markt und die Verfolgung der eigenen Interessen ergibt sich tatsächlich eine vermehrte *Effizienz*. Der Wettbewerb führt zur Verbilligung der Produkte und zur Schaffung immer neuer Produkte. Auf diese Weise ist der *ungeheure Reichtum* in unserer Gesellschaft zustande gekommen, den wir heute geniessen. Die Frage ist allerdings, ob das nur Vorteile hat oder ob nicht auch «Kollateralschäden» auftreten, an denen wir zu leicht vorbeischauen.

WS: Die Marktgläubigen erkennen diese Schäden an der Natur und an den Menschen, auch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, weil sie *a priori* kein Marktversagen akzeptieren, sondern alles auf Staatsversagen zurückführen.

HCB: Damit wird verkannt, dass der Staat die Grundlage des Marktes ist. Der Staat hat eine *ordnende Aufgabe* vor allem in den Bereichen des Vertragsrechts, des Eigentumsrechts, des Gesellschafts- bzw. des Unternehmungsrechts sowie der Geldordnung. Ohne diese Elemente kommt kein Markt zustande. In einer primitiven Tauschgesellschaft genügen



Konventionen, die man auch ohne Staat und Gesetz gegenseitig einhält. Der anonyme Markt muss demgegenüber auf Regeln aufbauen können, die durch die staatliche Polizei sanktioniert werden.

WS: Es braucht für das Gemeinwohl also die «sichtbare Hand» des Staates?

HCB: Es braucht auch in jeder Gesellschaft eine *Sozialgesetzgebung*, nur schon weil es Arme und Kranke gibt. Einen grundsätzlichen Gegensatz von Staat und Markt gibt es in diesem Sinne nicht, auch wenn sich die Frage nach dem

«Die Einkommensunterschiede sollten eine bestimmte Bandbreite nicht überschreiten» (Hans Christoph Binswanger im NW-Gespräch am 14. Juni im Institut für Wirtschaft und Ökologie in St. Gallen).

richtigen Mischverhältnis vor allem bei einzelnen Staatsinterventionen immer wieder neu stellt. Im wesentlichen ergänzen sich Markt und Staat.

WS: Und das entgeht der «Glaubensgemeinschaft der Ökonomen».

HCB: Sie nimmt die Effizienz der arbeitsteiligen Marktwirtschaft wahr, aber zu wenig die Grundlagen, auf denen sie beruht, und die keineswegs naturgegeben sind. Der Markt hat ein ganz anderes Gesicht, je nach der Ausgestaltung der staatlichen Regelungen.

WS: Gibt es überhaupt eine Kommunikation zwischen Ihnen und dieser «Glaubensgemeinschaft»?

HCB: Ich sehe, dass auch die Exponenten dieser Theorie beginnen, ihre Position zu hinterfragen.

WS: Das höre ich gern, aber bis zur Wirtschaftsredaktion der NZZ ist diese Selbtkritik noch nicht vorgedrungen.

HCB: Auch hier werden die Grundlagen der Wirtschaft im Ansatz neu diskutiert.

Energie kommt in den Lehrbüchern nicht vor

WS: Ich möchte den Faden der alchemistischen Sucht nach dem künstlichen Gold nochmals aufnehmen. Unterliegt die um Kapital und Markt zentrierte Ökonomie nicht einem besonderen Zwang nach immer mehr Geld und Wachstum?

HCB: Vom Frühkapitalismus ist das Hauptmonopol, nämlich das *Geldmonopol*, behalten worden. In ihm liegt der Keim zum Wachstumsdrang und Wachstumszwang. Das wäre nicht in dem Ausmass der Fall gewesen, wenn man bei der natürlichen Basis einer Geldordnung, der Goldbasis zum Beispiel, geblieben wäre.

WS: Das bedauern Sie?

HCB: Für die Natur wäre es besser gewesen, man hätte die Goldbasis beibehal-

ten. Allerdings bestand bei der Goldwährung immer die Gefahr einer Geld(= Gold)-Hortung. Wenn man Geld bzw. Gold hortet, kann es leicht passieren, dass Investitionen und Nachfrage zurückgehen, was sich dann wieder negativ auf die Beschäftigung auswirkt. Die Abkehr von der Goldbasis war somit *sozial besser*, allerdings – ich wiederhole – *für die Natur schlechter*. – Generell möchte ich aber festhalten, dass die Frage der Geldordnung ein wichtiges Thema ist und in Zukunft erst recht sein wird.

WS: Jetzt haben wir das Problem, dass nicht nur die Wirtschaft wächst, sondern auch die Arbeitslosigkeit. Selbst wenn der Staat durch Steuererleichterungen die Investitionen stimulieren will, geschieht hier rein gar nichts, außer dass die Reichen noch reicher werden.

HCB: Das ist das Problem der «*jobless growth*». Sie kommt daher, dass Arbeit durch Energie in grossem Ausmass ersetzt wird. Hinzu kommt heute die Auslagerung von Arbeitsplätzen in die Dritte Welt. Diese zweite Ursache wird thematisiert, die erste kaum. Energie kommt in der Wirtschaftstheorie unserer Lehrbücher überhaupt nicht vor, obwohl heute der grösste Teil der Arbeit mit Energie gemacht wird, d.h. von Maschinen und Apparaten, die mit Energie betrieben werden.

WS: Dank der Energie wird ja auch die Produktivität der Arbeit immer höher. Folglich stellt sich die Frage, wie wir die Arbeit besser verteilen. Müssten da nicht die Arbeitszeiten massiv reduziert werden?

HCB: Nur müssten dann die Arbeitenden *auf den vollen Lohnausgleich verzichten*. Sonst wird die Arbeitsstunde wieder teurer und die menschliche Arbeit würde noch schneller durch Energie verdrängt. Ein Verzicht der Arbeitenden auf den vollen Lohnausgleich wäre aber nur möglich, wenn gleichzeitig auch die

Gehälter der Manager und alle übrigen vom Unternehmensgewinn abhängigen Einkommensbezüge angepasst würden.

WS: Wie wollen Sie diese begrenzen?

HCB: Es gibt die Idee, dass die Einkommensunterschiede generell eine bestimmte Bandbreite nicht überschreiten dürften.

WS: Das müsste dann der Gesetzgeber bestimmen.

HCB: Ob das so funktionieren würde, weiß ich nicht. Aber das wäre eine *ziemliche Revolution*. Da müssten sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber umdenken.

WS: Aber man kann doch nicht auch noch den «working poor» die Löhne kürzen?

HCB: Natürlich wäre hier eine *Staffelung* erforderlich. Ob das gelingt, ist eine andere Frage. Rein logisch müsste man in diese Richtung denken. Allerdings müsste eine solche Regelung in einen grösseren Zusammenhang eingebettet werden, wenn sie erfolgreich sein soll.

WS: Wäre diese «Revolution» in einem Land allein überhaupt möglich? Müsste da nicht wenigstens die EU mitspielen?

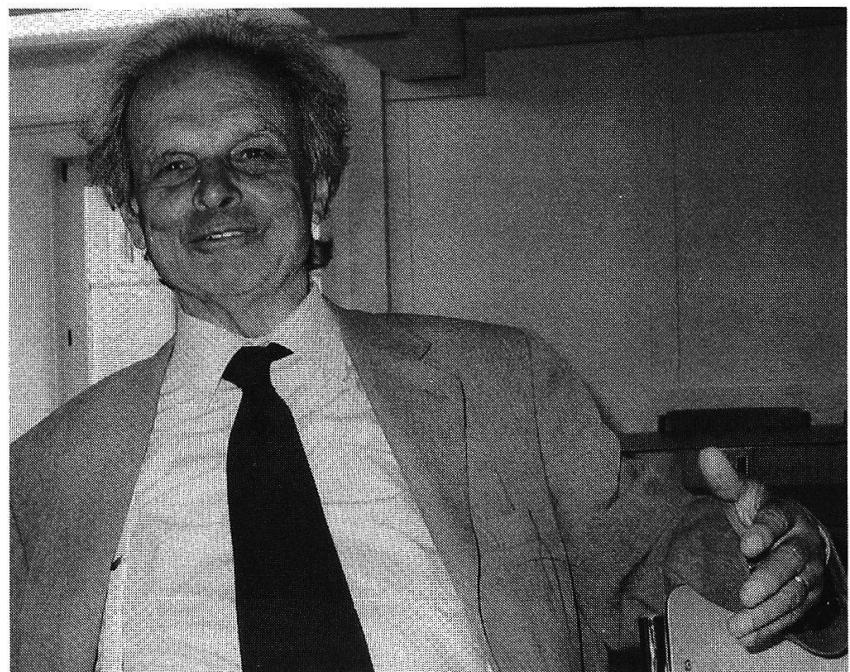
HCB: Ja, oder auch die USA. Aber das gilt für fast alle grösseren Reformen.

Die Politik braucht Umweltbeiräte

WS: Sie haben vor einigen Jahren zusammen mit Kollegen der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften einen Ökologischen Rat gefordert, der die langfristigen Interessen an einer nachhaltigen Entwicklung gegenüber den kurzfristigen Interessen von Wirtschaft und leider auch Politik vertreten würde? Was ist aus dieser Forderung geworden?

HCB: In der Schweiz ist diese Forderung praktisch wirkungslos geblieben. So wie ich sie mir vorgestellt habe, ist sie nur gerade im Land Vorarlberg realisiert worden. Da gibt es einen Ökologischen Rat, der die Kompetenz hat, seine Vor-

schläge einmal im Jahr der Regierung vorzutragen. Die Regierung ist verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen. In Deutschland gibt es einen Nachhaltigkeitsrat, der die Bundesregierung beraten sollte. Aber er ist praktisch bedeutungslos. Besser funktioniert der Umweltbeirat der Regierung des Landes Brandenburg, der vor fünf Jahren eingeführt wurde. Ich selbst bin Mitglied dieses Umwelt-



beirates. Solche Umweltbeiräte gibt es auch anderswo. Allerdings ist ihre Position mit dem vorgeschlagenen ökologischen Rat nicht vergleichbar.

«Dann wagt er noch nach Deutschland zu kommen» – der «Vater der Öko-steuer».

WS: Gibt es nicht das Dilemma, dass solche Räte entweder keine Kompetenzen haben und damit wirkungslos bleiben oder aber mit Kompetenzen ausgestattet sind und sich damit der demokratischen Entscheidung entziehen?

HCB: Um diesem Dilemma zu begegnen, haben wir vorgeschlagen, dass der Öko-Beirat vom Parlament gewählt wird – teils auf Vorschlag der Fraktionen, teils auf Vorschlag der Umweltorganisationen. Die Mitglieder sollten länger im Amt bleiben, als es dem parlamentarischen Rhythmus entspricht, und nicht wieder gewählt werden können. Ihre Vorschläge müssten von der Regierung entgegen-

genommen und im Sinn einer öffentlichen Stellungnahme beantwortet werden. Gegenüber dem Parlament und seinen Kommissionen müsste ein Öko-Rat sich ebenfalls zu umweltrelevanten Themen äussern können.

WS: *Es geht also immer nur um ein Mitspracherecht, nie um ein Mitentscheidungsrecht.*

HCB: Allenfalls könnte dem Ökologischen Rat in bestimmten Fragen ein *aufschiebendes Veto* zuerkannt werden, wie es dem britischen Oberhaus gegenüber dem Unterhaus zukommt, das dann eine Vorlage nochmals beraten muss. Wir haben auch vorgeschlagen, den Erlass von *Verordnungen* in umweltrelevanten Bereichen von der Zustimmung des Öko-Rates abhängig zu machen.

Wir benötigen Nachhaltigkeits-Regeln

WS: *Was bleibt, ist die Notwendigkeit, nachhaltig zu wirtschaften. In einem Artikel in der Weltwoche (21. März 1996) haben Sie den «Grundsatz» des Brundtland-Reports zitiert, dass die Anforderungen der heutigen Gesellschaft an die Natur die Möglichkeiten zur Befriedigung von Bedürfnissen kommender Generationen nicht beeinträchtigen. Das Problem ist aber doch, ob es Indikatoren gibt, anhand derer sich das Kriterium der Nachhaltigkeit verifizieren liesse.*

HCB: Dies ist eine wichtige Frage. «Nachhaltigkeit» ist ein so vager Begriff, dass er leicht zur Beliebigkeit verkommt. Der Begriff stammt aus der *Waldwirtschaft* und betrifft somit eine *erneuerbare Ressource*, die früher die Ressource schlechthin war: das Holz. Die Idee war bzw. ist: Von einer erneuerbaren Ressource soll nur soviel verbraucht werden, als nachwachsen kann.

Damit stellt sich aber die Frage: Was macht man mit den *nicht erneuerbaren Ressourcen*, die nicht nachwachsen? Nachhaltigkeit im Sinne der Waldwirt-

schaft bzw. der erneuerbaren Ressourcen würde ja für die nicht erneuerbaren heissen, dass man sie überhaupt nicht nutzen dürfte, weil sie nicht nachwachsen. Dann wären wir aber heute schon dort angelangt, wo wir erst hinkommen, wenn alle Vorräte verbraucht sind. Das wäre offensichtlich eine unsinnige Forderung. Wir benötigen daher für die nicht-erneuerbaren Ressourcen – das sind alle metallischen und chemischen Grundstoffe, vor allem aber die fossilen Energieträger – eine eigene Nachhaltigkeits-Regel.

Ich habe folgende Regel vorgeschlagen: Die nicht-erneuerbaren Ressourcen werden dann nachhaltig genutzt, wenn ihre Vorräte dank einer kontinuierlichen Minderung ihres Verbrauchs mit einer konstanten Minderungsrate auch auf lange Frist nicht erschöpft sein werden. Das sei am Beispiel der *fossilen Energieträger* verdeutlicht. Ganz grob geschätzt, betragen weltweit die Vorräte für Kohle, Erdöl inkl. Ölsand und Ölschiefer zusammen das rund 1000fache des heutigen Verbrauchs. Dies bedeutet, dass der gesamte Vorrat nach 1000 Jahren verbraucht wäre, wenn man jedes Jahr gleich viel verbraucht wie heute. Wenn man aber jedes Jahr den Verbrauch um mindestens 1% im Verhältnis zum Vorjahr reduziert, würde der Vorrat nie ganz verschwinden. Was dies bedeutet, wird deutlich, wenn wir uns fragen, um wie viel der jährliche Verbrauch in 100 Jahren eingeschränkt worden sein muss, um dieses Ziel zu erreichen. Die Antwort ist: um 10%. Diese Forderung sieht bescheiden aus. Der entscheidende Punkt ist aber, dass dies eine Abkehr vom langfristigen Trend der ständigen Zunahme bedeuten würde. Immerhin ist eine solche Forderung keine Utopie. Sie ist grundsätzlich realisierbar.

WS: *Darum wird ja auch vorgeschlagen, die nicht erneuerbaren Energien zu substituieren.*

HCB: Die erneuerbaren Energien werden



sicher in Zukunft eine stärkere Rolle spielen. Dabei ist aber Vorsicht geboten. Es ist zu bedenken, dass die erneuerbaren Ressourcen im Wesentlichen nichts anderes sind als das, was wir die Natur nennen: der Boden, die Luft, das Wasser, der Wald, allgemein die Pflanzen und Tiere. Das ist unser Lebensraum. Wenn wir sie nur zur Energieerzeugung nutzen, zerstören wir unsere Lebenswelt. Wir sollten daher die erneuerbaren Ressourcen vor allem dort nutzen, wo eine *Doppelnutzung des Bodens* möglich ist, also z.B. Solarenergie auf den Dächern der Häuser, energetische Verwertung von Landwirtschafts- und Siedlungsabfällen, Nutzung von Holz aus einem nachhaltig bewirtschafteten Wald. Demgegenüber ist z.B. der Verbrauch von Landschaft und damit von Lebensraum durch die *Windenergie* im Verhältnis zum Energie-Ertrag viel zu gross. Vor allem in der Schweiz ist der ökologische Schaden der Windenergie wesentlich grösser als ihr ökologischer Nutzen.

WS: Wie sieht das in Deutschland aus?

HCB: Etwas besser, weil der Wind an der Küste mehr weht. Aber die Landschaft leidet auch hier unter den immer höheren Windtürmen, die zudem Lärm verursachen.

Wenn wir wirklich ökologisch wirtschaften wollen, dann führt kein Weg an der *Reduktion des gesamten Energieverbrauchs* vorbei.

Aktiengesellschaften durch Stiftungen ersetzen wäre ein Riesenschritt

WS: Damit stellt sich die Frage nach der Ursache des Wachstumszwangs in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Ist ihr Motor nicht die Nachhaltigkeit des Gewinns auf Kosten von Mensch und Natur? Neuerdings werden gar Eigenkapitalrenditen von 20 und mehr Prozent erwartet.

HCB: Wir müssen zuerst fragen: Was ist das Kapital, das die Unternehmungen benötigen? Unternehmungen sind keine

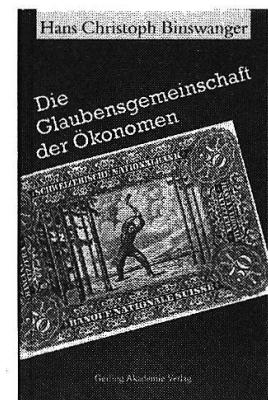
natürlichen Personen. Sie werden sozusagen aus dem Boden gestampft und müssen alles kaufen mit Geld, das sie noch nicht verdient haben. Sie brauchen also einen *Vorschuss*. Dieser Vorschuss ist das Kapital. Der Ertrag liegt in der Zukunft und ist natürlich mit Unsicherheiten behaftet. Der Kapitalgeber braucht infolgedessen eine Entschädigung für das Risiko, das er eingeht. Aber er will natürlich mehr als nur eine Entschädigung. Warum soll er sonst das Risiko eingehen?

WS: Immer noch mehr!

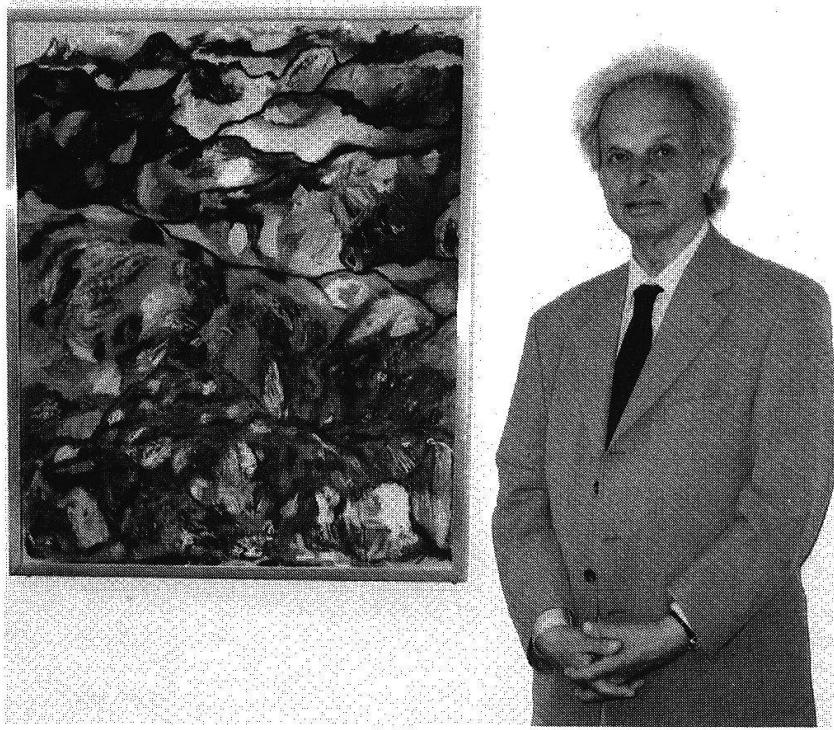
HCB: Indem das Kapital nach Gewinn und Wachstum strebt, ist es unerhört innovativ. Das muss man einfach zugeben. Dies ist auch die Grundlage unseres Wohlstands. Wenn wir wegen der negativen Begleiterscheinungen dieses Strebens zu einem bescheideneren Wachstum übergehen wollen, dann muss man auch in Kauf nehmen, dass das Innovationstempo abnimmt. Das kann sinnvoll sein, wenn man dafür die «Kollateralschäden» reduziert. Aber man muss wahrnehmen, dass man nicht alles haben kann. Es gibt keine Reform, durch die wir «den Fünfer und das Weggli» (eine Art Brötchen – Red.) erhalten. Man muss sich für den «Fünfer» oder das «Weggli» entscheiden. Das wollen wir Menschen aber nicht wahr haben. Wir wollen immer beides.

WS: Sie sind für die Abschaffung der Aktiengesellschaften. Was ist die Alternative?

HCB: Die Rechtsform der Aktiengesellschaft wurde im 19. Jahrhundert geschaffen. Sie hat wesentlich zum wirtschaftlichen Fortschritt beigetragen, den wir seither erlebt haben. Das Problem ist aber: Sie ist ausschliesslich auf Gewinn und Wachstum angelegt, ohne dass gefragt wird, welche Produktion wachsen soll. Die Produkte können beliebig ausgetauscht werden. So wird auch viel Unsinniges angeboten, das (zu) schnell



wieder im Abfall landet. Wenn wir den Ressourcenverbrauch reduzieren wollen, müssen wir Unternehmungen haben, die nicht nur an ihrem Gewinn, sondern auch an dem gemessen werden, was sie produzieren. Dazu eignet sich eine Unternehmungsform, die sich am Stiftungsrecht orientiert. Eine Stiftung ist auf einen bestimmten Zweck ausgerichtet. Die Überschüsse bleiben in dem Bereich, mit dem sich die Firma identifiziert. Allerdings sind gewisse Änderungen am heutigen Stiftungsrecht notwendig, wenn die Stiftung die Aktiengesellschaft (AG) ersetzen soll.



Hans Christoph Binzwanger neben einem Bild, das ihm Ota Sik (1919–2004) geschenkt hat. (Ota Sik war der Ökonom des «Prager Frühlings», lehrte später an der Universität St. Gallen und begann nach 1989 zu malen.) (Bilder: W. Spieler)

WS: Die Unternehmung würde dadurch vor feindlichen Übernahmen geschützt, und die Arbeitsplätze wären sicherer.

HCB: Ja, und die Konzernbildung, wie es durch Übereinanderschachtelung von Aktiengesellschaften möglich ist, würde verhindert. Es gäbe mehr echten Wettbewerb.

Im übrigen ist festzustellen, dass selbstverständlich die klassischen KMU's (kleine und mittlere Unternehmungen – Red.), die selbständigen Unternehmungen in der Hand von Unternehmungseigentümern, sowie die öffentlichen Unternehmungen bestehen bleiben würden.

WS: Könnten damit auch die Mitwirkungsrechte der Arbeitenden institutionalisiert werden?

HCB: Das ist durchaus möglich.

WS: Wäre dies nicht auch sinnvoll, hat doch das Kapital zurzeit eine derartige Übermacht, dass die Arbeit nur noch Objekt einer Unternehmung bzw. AG ist?

HCB: Man sollte ganz allgemein die Stakeholders mehr einbeziehen.

Mit der Ökosteuer den Energieverbrauch zurückdrängen und die Lohnnebenkosten senken

WS: Sie sind der Vater der sog. Ökosteuer. Welche Ziele verfolgen Sie damit?

HCB: Ich möchte den ökologischen Zweck mit dem sozialen verbinden, den Energieverbrauch zurückdrängen und einen Teil des Ertrags aus der Ökosteuer dazu verwenden, die Lohnnebenkosten zu senken. Dadurch wird die Energie teurer, aber die Arbeit billiger.

WS: Sind Sie demnach der Vordenker für die leider erfolglose Energieinitiative der Grünen in der Schweiz gewesen?

HCB: Ja, aber ich würde die gesamte Energie besteuern und die erneuerbare Energie nicht ausklammern. Die Förderung der erneuerbaren Energien muss auf eine Weise angegangen werden, die eine Differenzierung ermöglicht. Die ökologische Steuerreform in Deutschland kommt meinem Vorschlag am nächsten.

WS: Wie verwendet Deutschland die Einnahmen aus der Ökosteuer? Zur Senkung der Lohnnebenkosten?

HCB: Ja, weitgehend. Allerdings wurde diese Senkung bei der Einführung der ökologischen Steuerreform kaum wahrgenommen, sondern nur die Erhöhung der Benzinpreise. Diese waren zwar zum grössten Teil durch den Markt bestimmt, wurden jedoch der Ökosteuer angerechnet. Da waren die Leute böse. «Dann

wagt er noch nach Deutschland zu kommen», hiess es, als ich dort einer Einladung folgte. (Lacht.) Inzwischen hat sich die Situation beruhigt. Selbst Angela Merkel erklärt, dass die CDU die ökologische Steuerreform nicht rückgängig machen wolle. Sie könne auf diese Einnahmequelle für die Bezahlung der Altersrenten nicht verzichten.

Es gibt den Widerspruch zwischen der sozialen und der ökologischen Frage

WS: Die Linke will den Sozialstaat über nachhaltiges Wirtschaftswachstum finanzieren. Ist dieser Check gedeckt oder überhaupt zu decken?

HCB: Es gibt nun einmal einen gewissen Widerspruch zwischen den sozialen Anforderungen und den Anforderungen der Ökologie. Wenn wir mehr Ressourcen verbrauchen, lässt sich auch mehr umverteilen. Verdient wird vor allem durch Verbrauch von Natur. Die Frage ist: Wie lässt sich bewerkstelligen, dass zwischen den Anforderungen der *Arbeitnehmer*, der *Natur* und der *Wirtschaft* eine Synthese gefunden werden kann. Man darf das *Konfliktpotential* nicht negieren. Aber man kann das Konfliktpotential wesentlich reduzieren. So stellt z.B. die ökologische Steuerreform eine solche Synthese dar: Die Zurückdrängung des Energieverbrauchs durch Erhöhung der Energiekosten dient der Natur. Die Senkung der Arbeitskosten hat den Zweck, die Beschäftigung zu erhöhen, das ist ein soziales Anliegen. Beides wird ermöglicht, ohne die Wirtschaft mit neuen Steuern bzw. Abgaben zu belasten.

WS: In einem NW-Gespräch sagte mir der Zentralsekretär der Grünen Schweiz, angesichts des Reichtums der Reichsten in der Schweiz sei der Sozialstaat auch ohne Wachstum, durch reine Umverteilung, finanziert.

HCB: Rein rechnerisch ist das möglich, aber die gesellschaftliche Dynamik entwickelt sich nicht nach solchen Berechnungen. Es ist wie bei der Forderung nach

Reduktion der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Rechnerisch geht dies auf. Wenn aber die Lohnkosten pro Produkteinheit ansteigen, wird noch mehr Arbeit wegrationalisiert. Die Wirtschaft ist nicht nur eine Frage von Multiplikation und Division. Allerdings können solche Berechnungen gewisse Hinweise geben. Insoweit sind sie nützlich.

WS: Sie geben mir systemimmanente Antworten auf systemtranszidente Fragen. Sehen Sie keine grundsätzliche Alternative zu unserem um Kapital und Markt zentrierten Wirtschaftssystem?

HCB: (Lacht.) Eigentlich nicht. Natürlich ist die *Wirtschaft menschengemacht*, und was der Mensch macht, kann er im Prinzip auch wieder ändern. Angesichts der immer noch grossen Vorteile des heutigen Systems, bleibt nichts anderes übrig, als die «Kollateralschäden» mit kleineren oder grösseren *Reformschritten* zu reduzieren. Die Ökosteuer gehört da zu den kleinen, wenn auch schon sehr umstrittenen Schritten. Eine Änderung der Unternehmensform wäre sogar ein Riesenschritt.

WS: Die einseitige Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit, die es dem Kapital erlaubt, um des reinen Profites willen Massenentlassungen vorzunehmen, Betriebe zu schliessen oder auszulagern, liegt doch quer zu jeder Wirtschaftsethik.

HCB: Eine Unternehmensreform könnte die *Partizipationsrechte* der Arbeitenden stärken. Allerdings – ich wiederhole – man muss immer auch mitbedenken, was man aufgeben muss, wenn man etwas Neues dazu gewinnt. Um diesen Abwägungsprozess kommen wir nicht herum. •